

Aggressiv umarmen

Das „Zentrum für politische Schönheit“ stört den Berliner Politikbetrieb mit einer fiktiven Rettungsaktion für syrische Kinder

Mitten im Berliner Regierungsviertel, zwischen Glas und Sandstein und vorbeirauschenden Limousinen, steht plötzlich diese Flauschwand. An einem Bauzaun vor dem Familienministerium hängen Teddys, Hasen, dazwischen Maiglöckchensträuße und Glückwunschkarten. „Danke, Manuela Schwesig, dass Sie den syrischen Kindern helfen!“, steht darauf.

Die Flauschwand ist Teil einer Kunstaktion, die es geschafft hat, eine Woche lang in die Routinen der Berliner Politik hineinzuwurzeln, die Pressesprecher in Bedrängnis brachte, und am Ende der Woche wirklich die Spontanaudienz im Bundeskanzleramt bekam, die sie gefordert hatte.

Am Montag hatte das Künstler-Kollektiv „Zentrum für politische Schönheit“ eine Website gestartet, auf der sie die „Kindertransporthilfe des Bundes“ vorstellte. Für 55 000 syrische Kinder würden Pflegeeltern in Deutschland gesucht. Unter dem Logo des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erklärten Texte in bürokratischem Duktus die Anmeldeformalitäten. Die Aktion sei eine Neuauflage der Kinderverschickungen nach Großbritannien von 1938, die 10 000 jüdische Kinder vor dem Holocaust bewahrte. Darunter stand ein Grußwort von Bundesministerin Manuela Schwesig.

Wer bei der Hotline anrief, landete im Wohnzimmer von Philipp Ruch, Philosoph, Politikwissenschaftler und „Chefunterhändler“ des ZpS. Er ist sehr groß und dünn, seine schräg stehenden Augenbrauen lassen ihn immer etwas besorgt aussehen. Ruch findet den Kampf für Menschenrechte, wie er heute im Westen geführt wird, viel zu höflich. „Aggressive Humanisten“ hat er sich einmal in einem Aufsatz gewünscht.

2012 bot das ZpS demjenigen 25 000 Euro, der es schafft, Gesellschafter des Waffenherstellers Krauss-Maffei Wegmann ins Gefängnis zu bringen. Sein neues Projekt ist weniger anklagend. Es tut, als sei die Welt schon so, wie die Künstler sie sich wünschen.

Zwischen Wohnzimmer und Küche diskutiert Philipp Ruch am Dienstag mit den dreijungen Frauen von der Hotline. Die Lei-

tungen sind seit 24 Stunden offen, es gab 364 Anrufe, 170 Pflegeeltern haben sich gemeldet. Am Ende der Woche werden es fast 700 sein. Aber die drei wollen einen Strategiewechsel: schneller sagen, dass das hier Kunst ist. Die Illusion strengt an.

„Mit einer Frau habe ich 20 Minuten geredet, für die ist mit der Aktion ein Lebensraum in Erfüllung gegangen.“ Janna Horstmann ist Ende Zwanzig und Schauspielerin. Am Telefon spielt sie Simone Kantala, Pressesprecherin des Familienministeriums. Es sei egal, sagt sie, ob sie in ihrer Rolle spreche oder als Janna: „Ich sage sowie-so das Gleiche“. Nämlich dass ein reiches Land wie Deutschland mehr tun muss, als schlappe 10 000 Flüchtlinge aufzunehmen, wie derzeit offiziell geplant. Nur mit der emotionalen Arbeit, die das bedeutet,

76 000 Anträge syrischer Flüchtlinge liegen vor, 10 000 dürfen nach Deutschland kommen

hat sie nicht gerechnet. Die Frau vom Vormittag geht ihr nicht aus dem Kopf: „Am Ende konnte ich das nicht mehr auflösen“, ihr sagen, dass sie mit einer Schauspielerin spricht. „Ich hab sie dann ans Ministerium verwiesen“, sagt sie ratlos. An das echte.

Dort scheint die Ratlosigkeit mindestens genauso groß. Eine erste Stellungnahme kommt am Mittwoch. Sie klingt wie die Antwort auf eine nicht gestellte Frage: Man werde die Künstler nicht wegen Amtsanmaßung verklagen, sagt Manuela Schwesigs Sprecherin. Eine offizielle Kontaktaufnahme des Zentrums für politische Schönheit habe es nicht gegeben.

Warum eigentlich Manuela Schwesig? Über die Flüchtlingskontingente entscheidet die Innenministerkonferenz aus Bund und Ländern, nicht das Familienministerium. „Das war eine Bauchentscheidung“, sagt John Kurtz, der eigentlich anders heißt. Manuela Schwesig ist eine junge Hoffnung der SPD. Eine, die zu Beginn ihrer Amtszeit mit einer kontroversen Idee nach vorn gesprochen ist und dann zurückgepfiffen wurde. Eine, hofft Kurtz, deren Herz noch offen ist.

Den fiktiven Nachrichtenbeitrag über die Kindertransporthilfe auf der Website hat John Kurtz selbst gedreht. Er war als Journalist mehrmals in Syrien, zuletzt vor zwei Monaten. Der Film zeigt Kinder in einer Schule in Aleppo. John Kurtz hat ihnen Fotos von einer schönen blonden Frau in die Hände gegeben und Zettel, auf denen steht: Danke, Manuela Schwesig. Die Kinder lachen. Ist das in Ordnung, traumatisierte Kinder für ein Projekt einzuspannen, das der Satire zumindest artverwandt ist? „Wir haben den Kindern gesagt, dass das ein Theaterprojekt ist“, sagt John Kurtz, „die hatten da total Spaß dran.“ Der Lehrer erklärte er, dass es darum gehe, Deutschland zu beschämen. Weil es als Land mit Geld und Einfluss zu wenig für die Syrer tue. „Da war sie mit im Boot.“

Donnerstag, neben dem Denkmal, das am Bahnhof Friedrichstraße an die Kindertransporte von 1938 erinnert, stehen die Künstler und verteilen Flyer. Verharmlost die Aktion den Holocaust? „Wir müssen

aufpassen, dass wir nicht das Leid der syrischen Bevölkerung verharmlosen“, sagt Philipp Ruch, und nennt noch einmal die Zahlen: 150 000 Tote, neun bis zehn Millionen Flüchtlinge, die Hälfte davon Kinder.

Heute ist Hozan Ibrahim mit dabei. Er war politischer Aktivist in Syrien, kam ins Gefängnis, wurde gefoltert. Seit drei Jahren ist er in Deutschland. Was die Leute in Syrien sagen würden, wenn es die Kindertransporthilfe wirklich gäbe? „Sie sagen: Rettet so viele wie ihr könnt. Aber es gibt auch Skepsis wegen der verschiedenen Kulturen – und die Sorge, dass die Kinder ihre Eltern nicht wiedererkennen, wenn sie zurückkommen.“ Ruch sieht das nicht anders. „Ich fände das furchtbar, nur Kinder aufzunehmen“, sagt er. Natürlich sei das ZpS dafür, ganze Familien herzuholen.

Ab und zu verheddert sich seine Aktion in ihrer eigenen Komplexität. Weil sie ernst gemeint ist, aber eben doch nicht wörtlich. Kunst darf das natürlich: Unschärfen haben, an Gefühle appellieren,

reine Geste sein. Aber die Sprache der Politik ist eine andere. Als am Nachmittag die Sprecherin des Familienministeriums anruft, fragt sie: Wer sind die Kinder auf den Fotos? Mit welchen Hilfsorganisationen steht das ZpS in Kontakt? Wie „schlüssel-fertig“ ist die Aktion wirklich?

Am Morgen hat Regierungssprecher Steffen Seibert den Termin im Kanzleramt bestätigt, den das ZpS gefordert hatte. Zwei Fachreferenten werden die Künstler empfangen. Ruch freut sich. „Die sind ganz schön sauer, dass wir ihnen das aufdrängen.“ Den letzten Trumpf der Aktion kann auch das Bundeskanzleramt nicht ignorieren. Das sind zwei sehr alte Menschen. Inge Lammel ist 90 und geht am Rollator, Kurt Gutmann, 87, sitzt im Rollstuhl. Die beiden haben den Holocaust überlebt, weil sie als Kinder von britischen Pflegefamilien aufgenommen wurden. Jetzt wollen sie das Gleiche für die Syrer fordern.

„Holocaust-Überlebende abzuweisen, das sähe ganz schlecht aus“, hat Philipp Ruch von Anfang an gesagt, „solche Bilder würde ich Angela Merkel nicht empfehlen.“ Der Zweck heiligt den Zynismus.

Nach anderthalb Stunden stehen die drei wieder draußen vor dem Sicherheitszaun, umzingelt von Kameras und Mikrofonen. Inge Lammel sieht aus, als wolle sie lieber ganz schnell weg, spricht aber mit fester Stimme. „Ernüchtert“ sei sie nach dem Gespräch. „Wir haben gefordert, alle Asyl-anträge aus Syrien sofort zu bewilligen“, sagt Kurt Gutmann. Laut ProAsyl sind das mittlerweile 76 000. „Aber man sah nicht die Möglichkeit, dem zu entsprechen.“ Über eine erneute Aufstockung der bislang 10 000 Flüchtlingsplätze werde im Juni in der Innenministerkonferenz entschieden.

Philipp Ruch hat es diesmal bis ins Zentrum der Macht geschafft. Den Stolz sieht man ihm an. Aber sein Stolz ist nicht ungegründet. „Das waren ganz nüchterne Bürokraten“, sagt er, und seine Augenbrauen werden noch besorgter. Politik, hat er einmal geschrieben, sei die höchste Form der Kunst. Aber als die beiden sich gegenüber-saßen, an diesem Freitag im Bundeskanzleramt, da waren sie einander sehr, sehr fremd. **KATHLEEN HILDEBRAND**



Darf man traumatisierte Kinder für satirische Kunst einspannen? Eine Schulklasse in Aleppo bedankt sich für die „Kindertransporthilfe des Bundes“. FOTO: JOHN KURTZ